

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Ihr Ansprechpartner
Falk Lange

Durchwahl
Telefon +49 351 564 60200

falk.lange@smwk.sachsen.de*
13.11.2025

Pläne für Errichtung eines Untergrundlabors des DZA in der Lausitz schließen ein Atomendlager in derselben Region aus

Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow wendet sich an Bundesgesellschaft für Endlagerung

Im aktuellen Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung wird u.a. ein Gebiet der Strukturwandelregion Lausitz als weiter zu untersuchender potentieller Standort für ein Atommüllendlager ausgewiesen.

Vor diesem Hintergrund hat sich Sachsen's Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow nun mit einem Schreiben an die Bundesgesellschaft gewandt und sich dafür ausgesprochen von einer weiteren Betrachtung dieses Gebietes im Zuge der Endlagersuche abzusehen.

Mit der Entscheidung, hier das Großforschungszentrum »Deutsches Zentrum für Astrophysik« (DZA) aufzubauen und zu betreiben und dabei eine unterirdische Forschungsstruktur zu bauen, kommt aus Sicht des Ministeriums der Standort als Endlager nicht mehr in Betracht.

Als bedeutendster Teil des DZA wird in der Region ein Low Seismic Lab aufgebaut, das in absolut störungsfreier Umgebung unter Tage für die Durchführung hochsensibler wissenschaftlicher Experimente von entscheidender Bedeutung ist. Dieses Projekt als Teil des Großforschungszentrums mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von etwa 1,2 Mrd. EUR ist eine der großen Strukturwandelmaßnahmen im Freistaat Sachsen.

Staatsminister Gemkow sagte in dem Zusammenhang:

»Die wissenschaftliche Nutzung und die damit verbundenen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Region Lausitz stehen im eindeutigen Widerspruch zu einer möglichen Nutzung des Gebietes als Endlager. Darauf habe ich die

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Bundesgesellschaft für Endlagerung hingewiesen. Ich gehe davon aus, dass dies im weiteren Prozess auf der Suche nach einem geeigneten Standort für ein Atommüll-Endlager in Deutschland berücksichtigt wird.«